
Manifest zur Europawahl 2019 Zehn Forderung der CESI

1. Für eine fair(er)e öffentliche Wahrnehmung der EU

Die EU-Gesetzgebung wird größtenteils vom Europäischen Parlament UND den im Rat beratenden Ministern der nationalen Regierungen beschlossen. Allzu oft verhalten sich die nationalen Regierungen dabei egozentrisch, verhindern politische Ergebnisse und geben dann „Brüssel“ die Schuld für Misserfolge. Dies trägt dazu bei, dass die EU-Skepsis unter den Bürgern zunimmt. Die politischen Akteure auf nationaler und EU-Ebene müssen entschlossener für die Verteidigung der Vorzüge der EU eintreten und im europäischen Geist der Solidarität und des Kompromisses handeln. In einem Fall nachzugeben heißt, beim nächsten Mal etwas zurückzubekommen!

2. Für ein besseres Europa

In der Diskussion über die EU - auch über eine soziale EU - sollte nicht versteift über „mehr oder weniger Europa“ debattiert werden. Dogmatische und vereinfachte Diskurse über „mehr oder weniger Europa“ sind nicht zielorientiert und spalten Gesellschaften, anstatt die Bürger zu ermutigen, sich mit politischen Themen vertieft auseinanderzusetzen. Es braucht einen differenzierten Ansatz. In einigen Fällen ist „mehr Europa“ sinnvoll, in anderen kann „weniger Europa“ bessere Ergebnisse liefern.

3. Für eine liberale Demokratie

Ein unabhängiges Justizwesen, Rechtsstaatlichkeit, universelle Grundrechte und Toleranz sind Eckpfeiler der EU. Die Rechte von Minderheiten sind mit diesen Grundsätzen untrennbar verbunden. Die EU muss eine glaubwürdige Stimme und eine Instanz zur Durchsetzung und Verteidigung der freiheitlichen Demokratie innerhalb und außerhalb der EU bleiben. Nicht zuletzt müssen auch Bürger und Wähler von der grundlegenden Bedeutung dieser Werte überzeugt werden.

4. Für eine echte soziale Denkweise

Die Europäische Säule der sozialen Rechte muss zur anerkannten Bezugsgröße für mehr soziale Gerechtigkeit in der EU und ihren Mitgliedstaaten werden. Sie muss von allen Regierungen, EU-Institutionen, Sozialpartnern und Gewerkschaften gleichermaßen umgesetzt, durchgesetzt und „angegangen“ werden. Die sozialen Ziele der EU müssen auf eine gleiche Ebene wie die Marktfreiheiten gestellt werden. Dies hat auf der Grundlage der Erkenntnis zu erfolgen, dass integrative Gesellschaften nicht nur für sozialen Fortschritt, sondern auch für wirtschaftliche und steuerliche Erträge stehen.

5. Für universelle soziale Rechte

Es muss gegen Sozialdumping zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit im grenzenlosen Binnenmarkt der EU vorgegangen werden. Unbeschadet der Besonderheiten der öffentlichen Dienste und der traditionellen Grundsätze der Laufbahnsysteme für den öffentlichen Dienst sind auf der Grundlage der Aufwärtskonvergenz und im Zusammenhang mit Nicht-Regressionsklauseln EU-weit solide und verbindliche soziale Mindeststandards für Arbeitnehmer erforderlich, die eines besonderen Schutzes bedürfen. Jeder Mensch braucht – unabhängig von seinem Beschäftigungsstatus – Zugang zu einer angemessenen und finanziell erschwinglichen sozialen Absicherung.

6. Für eine effiziente Gestaltung der Sozialpolitik

Subsidiarität erfordert gerade im Bereich der Sozialpolitik nicht nur die Kompetenz oder das Handeln der Mitgliedstaaten auf der untersten angemessenen Ebene, sondern muss vielmehr auch auf die Lösung von Problemen in einer zunehmend marktintegrierten EU abzielen. In diesem Sinne muss die derzeitige Asymmetrie zwischen, beispielsweise, der EU-Kompetenz für Binnenmarkt und Wettbewerb und der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten im Bereich Sozialpolitik überdacht werden. Für eine Gleichstellung der sozialen Ziele der EU mit den Freiheiten des Binnenmarkts bedarf es einer stärkeren Entschlossenheit und Kompetenz auf EU-Ebene.

7. Für menschenwürdige Arbeit

Unbeschadet der Besonderheiten der öffentlichen Dienste und der traditionellen Grundsätze der Laufbahnsysteme für den öffentlichen Dienst, müssen alle Arbeitnehmer in einem de facto abhängigen Arbeitsverhältnis Anspruch auf menschenwürdige Arbeit haben. Missbräuchliche Beschäftigungspraktiken, die speziell entwickelt wurden, um von den vier Freiheiten des EU-Binnenmarktes zu profitieren, sind zu unterbinden. Gesetzeslücken, die für eine Reihe von Arbeitnehmer-Kategorien weiter fortbestehen, müssen geschlossen werden. Hierunter fallen auch entsandte Arbeitnehmer sowie Beschäftigte in der digitalen oder Plattformwirtschaft. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse, die auch im öffentlichen Sektor bestehen, müssen konsequent beseitigt werden. Die Mitgliedstaaten sollten ermutigt werden, ihre Arbeitsaufsichtsbehörden zu verstärken und die Möglichkeiten der neuen Europäischen Arbeitsbehörde zu nutzen.

8. Für eine faire und verhältnismäßige Besteuerung

In den Mitgliedstaaten der EU wird Kapital immer noch wesentlich niedriger besteuert als Arbeit. Immer wieder gibt es Skandale im Zusammenhang mit Unternehmen und multinationalen Konzernen, die Steuern vermeiden oder hinterziehen. Die EU muss die Mitgliedstaaten ermutigen, nationale Steuerverwaltungen einzurichten, die besser ausgestattet sind und über mehr Ressourcen verfügen. Die EU und die Mitgliedstaaten müssen effiziente Strategien verabschieden, um die Lücken in der Unternehmensbesteuerung zu schließen und ein faireres Gleichgewicht zwischen Kapital- und Arbeitsbesteuerung zu erreichen. Dadurch werden die notwendigen Ressourcen für das Funktionieren der Staaten sichergestellt; die immer größer werdenden Ungleichheiten zwischen den wohlhabendsten und schwächsten Mitgliedern der Gesellschaft können verringert werden. Dies gilt unbeschadet der Tatsache, dass die öffentlichen Finanzmittel nachhaltig und ohne jegliche Toleranz gegenüber Korruption einzusetzen sind.

9. Für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen

Der europaweite langjährige Investitionsmangel im öffentlichen Dienst hat in vielen Mitgliedstaaten zu einer Verschlechterung der öffentlichen Dienstleistungen geführt. Dies erfolgte insbesondere zum Nachteil der schwächsten Mitglieder der Gesellschaft und untergräbt die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft. In Zeiten neuer Herausforderungen für den öffentlichen Sektor wurden in vielen Mitgliedstaaten erhebliche Kürzungen der Haushalte vorgenommen, die in einigen Fällen dazu führten, dass das reibungslose Funktionieren des Staates in Frage gestellt wurde. Gesellschaften, die öffentliche Dienstleistungen erbringen, sind seit jeher gerechter, widerstandsfähiger und nachhaltiger. Und effiziente und qualitativ hochwertige öffentliche Verwaltungen erfordern kompetente, gut ausgestattete und motivierte Mitarbeiter.

10. Für Investitionen in Menschen

Investitionen, vor allem in den Bereichen frühkindliche Erziehung, Bildung, Gesundheit und aktive Arbeitsmarktpolitik, fördern sowohl soziale als auch wirtschaftliche Rendite. Nachhaltige und widerstandsfähige Volkswirtschaften müssen in Menschen investieren. Die EU hat die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um Anreize für die Mitgliedstaaten zur Schließung von Investitionslücken zu schaffen. Hierfür sollten entsprechende Instrumente zur wirtschaftspolitischen Steuerung und Haushaltsüberwachung sichergestellt werden.